

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 20

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aufruf zur Befehlsverweigerung

Aus Polen hat eine russische Gruppierung die Soldaten der Sowjetstreitkräfte zur Dienstverweigerung aufgerufen.

Anlass zur zweitägigen Haft des Solidarnosc-Delegierten Kornel Morawiecki war eine gemeinsame Aktion von sowjetischen Oppositionellen und Polen.

Gegen Dr. Morawiecki läuft in Breslau ein Strafverfahren aufgrund von Artikel 133 des Strafgesetzbuches, nämlich Aufruf zu Handlungen gegen verbündete Staaten (Freiheitsentzug bis zu 10 Jahren). Er redigiert das «Niederschlesische Bulletin», das seit 1979 besteht und ursprünglich vom KOR herausgegeben wurde. Seit April dieses Jahres besteht es als selbständige Publikation. Schon im Frühling hatte man eine Ausgabe beschlagnahmt, in der ein angeblicher Interventionsplan der Sowjetunion veröffentlicht worden war.

In der Ausgabe (Nr. 7/8) vom 29. August brachte das Bulletin einmal eine Botschaft vom Gründungskomitee der freien Gewerkschaftsverbände in der Sowjetunion und dann — in polnischer und russischer Sprache — einen Aufruf an die Soldaten und Offiziere der sowjetischen Armee, die Befehle zu verweigern. Der Aufruf stammte aus der Sowjetunion selbst und war unterzeichnet vom Volks-Arbeits-Bund Russischer Solidaristen, NTS.

Wie der Breslauer Staatsanwalt bei dieser Gelegenheit mitteilte, hat der NTS in der Sowjetunion auch Anhänger. Man bezeichnet sie nach sowjetischer Diktion als «ehemalige Wlassow-Leute». General Wlassow war ein sowjetischer General, der im Zweiten Weltkrieg rebellierte, und seine überlebenden Leute von damals müssten schon aus Altersgründen dem Regime nicht sehr gefährlich sein; vermutlich hat die Oppositionsgruppe eine aktuellere Anhängerschaft. ■

In Kürze

In der Sowjetunion ist man dazu übergegangen, auch den Schulunterricht abzuhören.

Die Information darüber verdanken wir einer Samisdatquelle, die gerade jetzt schon im Zusammenhang mit «Polen» besonderes Interesse verdient, eben weil sie trotz sicherheitsdienstlicher Verfolgung immer noch besteht. Es handelt sich um das «Informationsbulletin» der unabhängigen (und verbotenen) Gewerkschaft SMOT. Sie war im Herbst 1978 entstanden, nachdem die Polizei die im Jahr zuvor von Wladimir Klebanow gegründete freie Gewerkschaft zerschlagen hatte. Auch SMOT ist durch Verhaftungen und weiteren Repressalien stark dezimiert worden, soweit es um die namentlich bekannten Mitglieder geht, aber im Unterschied zu ihrer Vorläuferorganisation hat diese freie Gewerkschaft auch anonyme Mitglieder. Auf jeden Fall erscheint in der Moskauer Untergrundpresse nach wie vor das SMOT-Informationsbulletin. Und in der Nummer 12 wurde dieses Jahr über die eingangs erwähnte Schuleinrichtung berichtet. Die Meldung über diese «Novität» hat folgenden Wortlaut:

«In vielen allgemeinbildenden Schulen benutzt man die Lautsprecher in den Klassenräumen als

Abhörtanlagen. Gemäss Beobachtungen unseres Gewährmannes befindet sich die ‚Schaltzentrale‘ gewöhnlich im Büro des Rektors. Es ist nicht ganz klar, wem das Verdienst an dieser Novität zukommt: der Schulleitung, die so ‚hübsches Material‘ über die Lehrerschaft sammeln möchte, oder aber den Mitarbeitern des KGB. Wenn man bedenkt, dass ein Lautsprecher sich verhältnismässig leicht mit einem Abhörgerät kombinieren lässt und dass das solchermassen gesammelte Material von den Schuldirektoren persönlich genutzt wird, liegt der Schluss nahe, dass die Initiative diesmal von unten (d. h. von den Schulbehörden) kam.»

Der sowjetische Pianist Andrej Gawrilow ist wiederum für Konzerte in der Schweiz vorgesehen, nachdem es in der letzten Saison auch schon im letzten Augenblick nicht geklappt hat und es zu späten Absagen kam. Inzwischen weiss man, dass der junge Musiker auch Mut hat und behördlich unwahre Absage-Begründungen verweigert. «Possev» (Frankfurt, Nr. 9/1981) berichtet darüber: Gawrilow sollte Schallplattenaufnahmen mit den Berliner Philharmonikern unter Karajan machen und im Westen eine Anzahl von Solistenkonzerten geben. Im letzten Moment, als er den Auslandspass bereits in der Tasche hatte, zitierte man ihn in Moskau ins Kulturministe-

Zitiert...

«Hass auf den imperialistischen Feind ist nichts Hässliches. Er ist aus der Liebe zu unserem sozialistischen Vaterland geboren und gibt uns die Kraft, alles für seinen Schutz und seine Verteidigung zu tun.»

«Armeerundschau»,
Ostberlin, Nr. 9/1981

rium. Dort erklärte man ihm, die Reise werde annulliert, und er solle sich «eine passende Erklärung» ausdenken. Worauf Gawrilow antwortete, seine Sache sei es, Klavier zu spielen; Erklärungen zuhanden des Westens auszudenken überlasse er jenen, welche die Annullierung beschlossen hätten.



Im Frühling 1981 war der offizielle Moskauer Korrespondent des Polnischen Radios und Fernsehens, Mikolai Nestorowicz, aus der Sowjetunion ausgewiesen worden. Heute weiss man warum. Er hatte in einer Privatwohnung sowjetische Bürger mit Materialien der Solidarnosc bekannt gemacht. In der Folge schaltete sich der sowjetische Sicherheitsdienst ein. Man konfiszierte das Material und wies Nestorowicz an, das Land innerhalb von 48 Stunden zu verlassen.



Unter der Jugend von Kujbyschew (Millionenstadt an der Wolga) ist das Haschischrauchen sehr verbreitet. Schüler und Jungarbeiter rauchen; unter den Studenten ist das «Rauschgift-Business» verbreitet, d. h. sie reisen nach Zentralasien, kaufen dort zu günstigerem Preis Haschisch und verkaufen es dann weiter. Der Preis für das Rauschgift ist stark gestiegen: Wenn man in den 60er Jahren für einen Joint noch 20 Kopeken zahlte, so kostet er heute 2 Rubel. ■

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion — Administration — Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

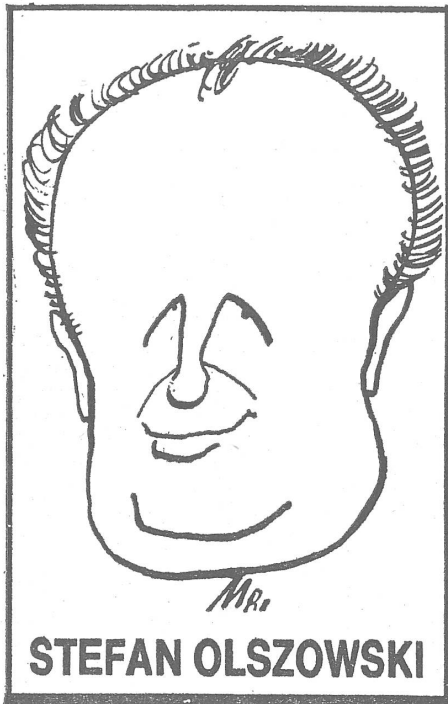
Abonnementspreise
Fr. 39.— jährlich (Ausland Fr./DM 42.—)
Studenten und Lehrlinge Fr. 25.—
(Ausland Fr./DM 28.—)
Einzelnummer Fr. 2.— (Ausland Fr./DM 2.50)

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's



Der Dogmatiker Stefan Olszowski empfiehlt sich neuerdings als Einiger von Partei, Kirche und Gewerkschaft.

Polen im Herbst

Als der Gewerkschaftskongress von Solidarnosc am 26. September in seine zweite Phase trat, standen ihm anstrengende Tage bevor, denn es gab brisante Traktanden.

Am Tag zuvor hatte das polnische Parlament, der Sejm, sein Gesetz über die Mitbestimmung und Selbstverwaltung der Arbeiter in der Industrie erlassen. Es handelt sich dabei um ein Schlüsselproblem für die Gewerkschaften, und es ist nur natürlich, dass es keine Einheitsmeinung gab. So ist es auf dem Kongress zu harten Kontroversen darüber gekommen, die manchem Beobachter den Eindruck einer «Zerreihsprobe» machten.

Indessen sind Auseinandersetzungen dieser Art nicht nur unausweichlich, sondern auch durchaus wünschenswert. Die 900 Kongressdelegierten vertreten rund 80 Prozent aller Beschäftigten im Land. Die Massenbewegung der Solidarnosc umschließt viele und verschiedenartige gesellschaftspolitische Kräfte und Vorstellungen.

Die «inneren Widersprüche» dagegen treten eher woanders zutage, nämlich innerhalb der Nomenklatura der eigentlich auf Einheitlichkeit angelegten Partei. Hier hat man Exponenten der «harten» und der «weichen» Linie gegenüber dem Volk in Rollenwechseln sehen können.

● Der stellvertretende Ministerpräsident Mi-czyslaw Rakowski verkündete am 21. September das Ende: «Die Hoffnung auf Verhandlungen

und Partnerschaft mit den Gewerkschaften ist tot. Ihr Begräbnis hat stattgefunden.» Rakowski wird vor allem im Westen als «liberal» eingestuft. In Polen war man nie so sicher. Es gibt eine kleine Gruppe von «Eingeweihten», die ihn unter sich «Ladacznicza z zasadami» nennen, die ehrbare Dirne.

● Dafür hat der als Dogmatiker bekannte Stefan Olszowski, Politbüro-Mitglied und Leiter der Propaganda-Abteilung im Zentralkomitee, gleich am nächsten Abend völlig überraschend angekündigt, dass eine Zusammenarbeit von Partei, Kirche und Gewerkschaft im Rahmen einer Nationalen Front sehr zu wünschen wäre. (Nationale Fronten sind anderswo im Ostblock völlig von der Partei beherrschte Alibi-Gebilde, aber so eine Funktion käme bei der gegenwärtigen Kräfteverteilung in Polen nicht in Frage.) Neue Profilierung Olszowskis als Landesversöhner? Wahrscheinlich jedenfalls ein Schachzug im Gangel um die Führungsposition innerhalb der Partei.

● Ministerpräsident Wojciech Jaruzelski hat Zuckerbrot und Peitsche kombiniert. Er unterstrich einerseits die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit von Regierung und Gewerkschaften, drohte aber andererseits gleichzeitig mit dem Einsatz der Armee gegen angebliche «Extremisten» in der Solidarnosc. (Das mit Vorliebe als «extremistisch» angeschwärzte KOR/KSS, Komitee zur Arbeiterselbstverteidigung, hat sich inzwischen aufgelöst; die Solidarnosc sei instande, seine bisherigen Aufgaben zu übernehmen.)

Die Sowjetunion ihrerseits hat sich mit der Existenz des freien Gewerkschaftsverbandes in Polen nicht abgefunden. Laut sowjetischer Diktion ist die Solidarnosc ein «trojanisches Pferd der Konterrevolution innerhalb des Sozialismus». Was Revolution wäre und was Konterrevolution, ist eine Definitionsfrage, aber sonst braucht man der sowjetischen Diagnose nicht zu widerspre-



Allein über den Atlantik. («Kurier Polski», Warschau, 18.-20. 9. 1981)

SZYMON KOBYLINSKI



— Ach, mnóstwo jest sposobów wyjścia z kryzysu, ale nie-słusznych politycznie!...

«Ja, es gibt viele Methoden zur Bewältigung der aktuellen Krise, aber leider sind sie politisch nicht machbar.» («Polityka», Warschau, 12. 9. 1981)

chen; eine wirkliche Gewerkschaft passt tatsächlich nicht zum sowjetischen Sozialismus.

Die sowjetische Einmischung hält unvermindert an. Die Drohungen und Erpressungen mit Militärmanövern haben die polnische Bevölkerung nicht so stark beeindruckt können. Ein anderer Weg ist der wirtschaftliche Zwang. Ende September war der Stellvertretende Ministerpräsident Nikolaj Bajbakow, der sowjetische Planungschef, in Warschau. Er brachte den Hinweis auf den nahenden Winter und auf die Möglichkeit, dass die UdSSR ihre Lieferungen von Erdöl und Erdgas nach Polen einstellen könnte. Ein Appell an die Vernunft gewissermassen.

Ihre Hauptforderung richten die Sowjets an die polnische Führung. Sie verlangen harte Massnahmen zur «Verteidigung der Sozialistischen Errungenschaften». Nach ihren Vorstellungen müsste man den Ausnahmezustand ausrufen und eine Auswahl von Gewerkschaftern als «Extremisten» verhaften. Falls es daraufhin zu Streik und Aufruf kommt und die polnischen Genossen damit nicht fertig werden, kann die brüderliche Hilfeleistung erfolgen.

Einheitsaktionen finden in Polen auf sowjetisches Betreiben ebenfalls statt:

● Während des Gewerkschaftskongresses haben Strohmannen der KGB-Residentur in Warschau Flugblätter verteilt, wo ausgesuchte Gewerkschafter mit antisemitischen Schmähworten als «Juden» beschimpft wurden.

● Politbüro-Mitglied Albin Siwak, Vertrauensmann der Sowjetbotschaft, hatte schon vorher die nationalen Minderheiten in Polen, die polnischen Ukrainer, Litauer und Weissrussen, als potentielle «Fünfte Kolonne» bezeichnet.

Bei den Polen ziehen solche Sprüche schon längst nicht mehr. Aber sie warten mit Sorge, was der Winter bringen wird. Oder auch schon der Herbst.